



Niederschrift 16. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 02.09.2010
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:40 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Raum 3.025, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Frau Jana Schulze DIE LINKE
Herr Claus Wartenberg SPD
Herr Hans-Wilhelm Dünn CDU/ANW anwesend ab 16:35 Uhr
Frau Renate Echtermeyer FDP
Frau Frauke Frehse-Sevran anerkannter freier Träger
Frau Heiderose Gerber anerkannter freier Träger anwesend bis 17:35 Uhr
Herr Dirk Harder anerkannter freier Träger
Herr Frank Otto Bündnis 90/Die Grünen

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD anwesend bis 18:30 Uhr
Frau Helga Hübner anerkannter freier Träger
Herr Rüdiger Schmolke anerkannter freier Träger anwesend ab 17:35 Uhr
Herr Bodo Ströber anerkannter freier Träger

beratende Mitglieder

Herr Christoph Dähnrich Kath. Kirche nicht entschuldigt
Herr Torsten Messerschmidt Kreiselterrat
Frau Renate Michael Polizeibehörde
Herr Steffen Müller Stadtsportbund
Frau Christiane Ohlert Schulamt
Frau Ganna Razu Jüd. Gemeinde
Herr Norbert Schweers Jugendamtsleiter

Beigeordnete

Frau Elona Müller Beigeordnete Soziales, Jugend, Gesundheit Anwesend bis ca. 18:30 Uhr

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Jens Gruschka DIE LINKE entschuldigt
Frau Klara Geywitz SPD entschuldigt
Frau Birgit Morgenroth SPD entschuldigt
Herr Dr. Lutz Henrich anerkannter freier Träger entschuldigt

Herr Marcel Kankarowitsch	anerkannter freier Träger	entschuldigt
Herr Thomas Liebe	anerkannter freier Träger	entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Martina Trauth-Koschnik	Gleichstellungsbeauftragte	entschuldigt
Frau Julia Bösel	Migrantenbeirat	nicht entschuldigt
Frau Karola Linke	Gesundheitsamt	entschuldigt
Frau Ulrike Mosch	Evang. Kirche	entschuldigt

Gäste

Frau Bettina Stobbe	AG Kindertagesbetreuung
Frau Barbara Rehbehn	Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH
Frau Schnurbusch	Potsdamer Kunstgenossenschaft e.V.
Herr Wendel	Förderverein Treffpunkt Freizeit
Frau Elisabeth Tänzler	Treffpunkt Freizeit
Frau Katrin Lorenz	Zeltpunkt gGmbH
Herr Thomas Lettow	Zeltpunkt gGmbH
Herr Holger Tschoge	Verein zur Förderung innovativer Wohn- und Lebensformen
Frau Birgit Ukrow	FB Kinder, Jugend und Familie
Herr Ralf Becker	FB Kinder, Jugend und Familie
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 01.07.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 2 Informationen des Jugendamtes
- 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 4 Trägersauswahl "Treffpunkt Freizeit"
Vorlage: 10/SVV/0615
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 5 Vorstellung des Konzeptes "Zeltpunkt - offene Jugendarbeit am Zirkuszelt im Volkspark"
- 6 Vorstellung des Vereins zur Förderung innovativer Wohn- und Lebensformen
- 7 Vorstellung der Ergebnisse der Jugendbefragung
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita- Jahr 2010/2011
Vorlage: 10/SVV/0599
Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Dr. Sigrid Müller.

zu 1.1 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 01.07.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Abstimmung zum Protokoll vom 01.07.2010

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Dem Protokoll wird zugestimmt.

Abstimmung zur Tagesordnung:

Frau Dr. Müller gibt folgende Veränderung zur Tagesordnung bekannt:

Die Vorstellung der Ergebnisse der Jugendbefragung durch Frau Dr. Magdowski kann aus Termingründen in der heutigen Sitzung leider nicht stattfinden. Dies wird in der Sitzung am 23.09.2010 nachgeholt.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Beschlussvorlage zur Trägerauswahl "Treffpunkt Freizeit" im Anschluss an TOP 3 (Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII) zu behandeln, da Frau Rehbehn (Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH) zur Diskussion der Drucksache anwesend sein sollte, aber heute noch zu einem Seminar nach Hannover fahren muss.

Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Des Weiteren informiert Frau Dr. Müller, dass ihr ein Antrag auf Rederecht zur Beschlussvorlage zur Trägerauswahl "Treffpunkt Freizeit" von Herrn Wendel als Mitglied der Auswahljury und Mitglied im Förderverein des Treffpunktes Freizeit vorliegt.

Sie bittet um Abstimmung darüber.

Dem Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

zu 2 Informationen des Jugendamtes

Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit

Herr Schweers informiert, dass für die Einführung von Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen für die offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam eine Zeitschiene erarbeitet wurde. Diese liegt schriftlich vor und wird als Anlage zum Protokoll ausgereicht.

Jugendclub „Nowawes“

Herr Schweers teilt mit, dass der Jugendklub seit dem 01.08.2010 arbeitet. Mit Beginn der Arbeit der Einrichtung wurde eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Am 24. September 2010 findet das offizielle Eröffnungsfest des Klubs statt.

Betreuungsplatz-Service

Frau E. Müller informiert, dass die Verwaltung aufgrund der Änderung der Vergaberichtlinie aus eigener Kraft des Betreuungsplatz-Services durchführen wird. Die Eröffnung erfolgt am 01.10.2010 und wird durch zwei Mitarbeiterinnen des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie realisiert. Diese beiden Mitarbeiterinnen werden durch zwei weitere Kräfte über eine Entgeltvariante durch die PAGA unterstützt. Die Öffnungszeiten des Betreuungsplatz-Services werden an den beiden Sprechtagen und samstags sein.

Frau Schulze fragt, ob die Mitarbeiterinnen im Betreuungsplatz-Service auch technisch die Voraussetzung haben, Auskunft über freie Plätze in Kitas zu geben.

Herr Schweers macht deutlich, dass Eltern in persönlicher Beratung oder auch per Internet einen Überblick über die Einrichtungen und deren Profil erhalten können.

Er führt aus, dass hier zwischen den Eltern und den Einrichtungen vermittelt werden soll und auch darauf hingewiesen wird, in welcher Einrichtung freie Plätze sind. Im Vordergrund der Arbeit steht die persönliche Beratung und Vermittlung. Dieses kann ab dem 01.10.2010 gewährleistet werden.

6. Potsdamer Lauffest

Frau E. Müller weist darauf hin, dass am 03.09.2010 das 6. Lauffest zugunsten der Stiftung Altenhilfe stattfindet. Sie informiert, dass bisher bereits über 30.000 Euro eingeworben werden konnten.

zu 3 Bericht der Unterausschüsse und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG Kindertagesbetreuung

Frau Stobbe (AG Kindertagesbetreuung) informiert, dass am 02.06.2010 die Wahl der Träger in die AG Kindertagesbetreuung durchgeführt wurde. In der AG sind 12 Träger vertreten. Die Geschäftsordnung der AG wurde verabschiedet. Frau Stobbe ist die Vorsitzende der AG, Frau Goldschmidt ist stellvertretende Vorsitzende.

Die AG Kindertagesbetreuung hat sich bereits mit dem Thema Betreuungssplatzservice, aber auch mit dem Erhebungsbogen im Zusammenhang mit der Kita-Finanzierungsrichtlinie befasst. Auch die Struktur der Kita-Finanzierungsrichtlinie wurde thematisiert.

Herr Schweers ergänzt, dass die Kita-Finanzierungsrichtlinie 2005 mit der Maßgabe beschlossen wurde, diese nach fünf Jahren zu evaluieren.

AG Suchtprävention

Herr Schmolke informiert, dass am 13.10.2010 der erste „Papilio-Kurs“ starten wird.

Er weist auch darauf hin, dass die AG Suchtprävention durch die Verwaltung gebeten wurde, zum Antrag „Alkoholverbot im Bahnhofsumfeld prüfen“ eine Stellungnahme abzugeben, was auch erfolgt ist.

Für den 13.12.2010 ist ein Fachtag geplant.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Herr Otto informiert, dass der Unterausschuss am 24.08.2010 getagt und sich mit dem Rückblick zur JHA-Sitzung vom 01.07.2010 sowie mit dem Ausblick auf die heutige Sitzung befasst hat.

Des Weiteren hat sich der Unterausschuss mit der Jugendbefragung befasst. Es gab einen Austausch zur Kita-Bedarfsplanung. Ein weiteres Thema waren die überregionalen Arbeitsgruppen.

Frau Dr. Müller ergänzt, dass sich der Kulturausschuss in seiner Sitzung am 16.09.2010 intensiv mit der Jugendbefragung befassen wird.

zu 4 Trägerauswahl "Treffpunkt Freizeit"

Vorlage: 10/SVV/0615

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Frau E. Müller bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen.

Sie weist auf das eindeutige Entscheidungsergebnis der Auswahljury hin.

Frau Rehbehn (Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH) stellt die Ideen und den organisatorischen Rahmen für den Treffpunkt Freizeit vor.

Frau Schnurbusch (Potsdamer Kunstgenossenschaft e.V.) stellt kurz den Potsdamer Kunstgenossenschaft e.V. vor. Sie macht dabei deutlich, dass dieser ein Standbein in der Arbeitsmarktförderung, ein Standbein in der Integration und als drittes Standbein die Künstler hat.

Frau Rehbehn betont, dass der Treffpunkt Freizeit keinen festen Überbau bekommen soll, sondern ein offenes und lebendiges Haus für alle Generationen sein soll. Hauptzielgruppe sind die Kinder und deren Familien. Es soll eine große Angebotsvielfalt geben.

Sie stellt die Organisationsstruktur vor und geht auch auf die personellen Rahmenbedingungen ein.

Es soll sechs Hauptarbeitsbereiche geben. Dies sind die Kinderkultur, die Kinderbetreuung und Familienberatung, die sozial-kulturelle Gemeinwesenarbeit, die außerschulische Jugendbildung, Sport, Spiel und Geselligkeit sowie ein Kompetenzzentrum.

Herr Wendel (Förderverein Treffpunkt Freizeit) hat als Vertreter des Fördervereins in der Auswahljury mitgearbeitet. Er macht deutlich, dass es ein offenes und sehr transparentes und qualifiziertes Verfahren war. Es gab drei Jurysitzungen in denen gemeinsam diskutiert wurde, aber jeder für sich die Bewertung vorgenommen hat.

Frau Gerber hat selbst in der Auswahljury mitgearbeitet und bestätigt die Aussagen von Herrn Wendel. Sie ergänzt, dass das Ergebnis einvernehmlich ist.

Herr Otto bringt folgenden **Ergänzungsantrag** ein und begründet diesen. Der Antrag soll durch einen Punkt 9 ergänzt werden.

Nach drei Jahren neuer Trägerschaft, zu Beginn des Jahres 2014, erfolgt eine Evaluation der Arbeit des Treffpunktes Freizeit nach einem noch im Jahre 2010 im Jugendhilfeausschuss vorbereiteten und von der StVV zu beschließenden qualitativen Evaluationskonzept. Dieses Konzept soll das Angebot, die Auslastung, Nutzung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktivierung der Kinder und Jugendlichen genauso wie die Vernetzung in Potsdam als auch betriebswirtschaftliche Auswirkungen berücksichtigen.

Herr Dünn verweist auf die Presseerklärung des Deutschen Tonkünstlerverbandes und fragt wie diese zustande kommt.

Frau E. Müller informiert, dass die Vereinigung für genreverbindende Kunstprojekte e.V. eine Bewerbung in Kooperation mit dem Deutschen Tonkünstlerverband eingereicht habe.

Nach Durchsicht der eingereichten Bewerbungsunterlagen wurde durch die Vereinigung für genreverbindende Kunstprojekte e.V. darauf hingewiesen, dass noch Unterlagen fehlen. Die Nachreichung der Unterlagen wurde zugesagt, was aber bis zum Abschluss des Verfahren nicht geschehen ist.

Bezüglich des Auswahlverfahrens zur Trägerschaft des Treffpunktes Freizeit teilt sie mit, dass alle eingereichten Bewerbungsunterlagen gesichtet wurden und durch die Jurymitglieder einzeln bewertet wurden. Bei der Bewertung der Unterlagen hat jedes Jurymitglied unabhängig von anderen für sich entschieden.

Zu dem Vorwurf, dass in der Jury Vertreter mitgewirkt haben, die möglicherweise befangen waren, entgegnet sie, dass Herr Schweers nicht Jurymitglied war. Er hat nicht votiert, sondern das Protokoll geführt. Sie weist darauf hin, dass das komplette Verfahren protokolliert wurde.

Herr Dr. Wegewitz fragt, ob die Kooperation der Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH mit dem Potsdamer Betreuungshilfe e.V. und dem Potsdamer Kunstgenossen e.V. schriftlich niedergelegt werden soll. Dies wäre aus seiner Sicht sehr wichtig. Zum Ergänzungsantrag macht er deutlich, dass dieser aus seiner Sicht so nicht zu realisieren ist.

Frau Schulze vermisst als Anlage zur vorliegenden Drucksache eine Übersicht, wer sich noch beworben hat.

Sie fragt Frau Tänzler, ob es auch an sie Anfragen aus dem Umfeld gab.

Sie bittet um Aussagen dazu, ob Frau Schnurbusch und Herr Papadopoulos ständige VertreterInnen in den Treffpunkt Freizeit entsenden.

Abschließend spricht sie das Mehrgenerationenhaus-Projekt an und fragt, ob bereits Kontakt zum Bundesfamilienministerium aufgenommen wurde und wenn ja, ob es schon Reaktionen gibt.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass zur Übersicht der Bewerber eine Folie durch die Verwaltung vorbereitet wurde, aber nur im nichtöffentlichen Teil präsentiert werden kann.

Frau Rehbehn macht deutlich, dass es noch keine festen Vorstellungen zum Raumkonzept gibt. Der Potsdamer Betreuungshilfe e.V. wird nicht mit einem festem Büro, sondern mit festen Angeboten vor Ort sein.

Auf die Nachfrage zum Abschluss der Kooperationsvereinbarung antwortet sie, dass diese vorbereitet und bald geschlossen werden wird.

Frau Tänzler (Treffpunkt Freizeit) erklärt, dass es gemeinsam mit dem Kommunalen Immobilien Service zwei Vor-Ort-Termine gab, an denen fast alle Träger die sich am Interessenbekundungsverfahren beteiligt haben, teilgenommen haben.

Frau E. Müller teilt mit, dass bezüglich des Mehrgenerationenhaus-Projektes bereits Kontakt zum Bundesfamilienministerium aufgenommen wurde. Nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wird dem Bundesfamilienministerium der neuer Träger des Hauses gemeldet. Danach kann die weitere Förderung erfolgen.

Frau Rehbehn erklärt, dass beabsichtigt ist, ein Evaluationskonzept zu erstellen. Dieses Konzept kann im ersten Halbjahr 2011 vorgelegt werden.

Herr Harder berichtet, dass er der Auswahljury als Sachverständiger zur Seite gestanden hat. Auch er bestätigt den korrekten Ablauf des Verfahrens.

Aus seiner Sicht ist diese Entscheidung auch für die MitarbeiterInnen im Treffpunkt Freizeit eine gute Wahl.

Den Antrag von Herrn Otto unterstützt er. Er verweist auf das Evaluationskonzept für „freiLand“, welches möglicherweise übernommen werden könne.

Herr Müller spricht sich ebenfalls für die Entscheidung der Jury aus. Er informiert, dass er sich selbst als Träger auch beworben hat.

Er bittet darum, dass nicht von den Träger Angebote abgezogen werden, die dann im Treffpunkt Freizeit vorgehalten werden.

Frau Rehbehn macht deutlich, dass dies vorgesehen ist. Es sollen keine Angebote vom Schlaatz in die Innenstadt verlegt werden.

Frau Schnurbusch ergänzt, dass es bereits gute Angebote im Treffpunkt gibt, die auch weitergeführt werden sollen.

Frau E. Müller erklärt, dass auch das Kindermusiktheater „Buntspecht“ nicht wieder in den Treffpunkt Freizeit zurück ziehen werden.

Herr Dünn verweist auf die Wichtigkeit des Kooperationsvertrages. Dieser hätte seiner Ansicht nach vor Beschluss vorgelegt werden sollen.

Frau Rehbehn erklärt, dass eine feste Vereinbarung erst geschlossen werden kann, wenn es den entsprechenden Beschluss zur Trägerschaft für das Haus gibt. Die Grundzüge der Vereinbarung sind durchaus besprochen.

Herr Wendel macht deutlich, dass die Kooperationsvereinbarung gemeinsam mit den Nutzern des Hauses gestaltet wird.

Frau E. Müller weist auf die Beschlussvorlage hin, aus der deutlich hervorgeht, dass die Zuschlagserteilung an die Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH erfolgt. Die Kooperationsvereinbarung ist nicht Grundlage für die Beschlussfassung.

Herr Ströber weist darauf hin, dass die Mieter des Treffpunktes Freizeit bereits Kündigungen durch die Malteser erhalten haben.

Herr Schweers macht darauf aufmerksam, dass die Kündigung der Verträge mit den Mietern des Hauses aus juristischen Gründen erforderlich ist. Aus juristischen Gründen kann auch der neue Träger erst nach Beschluss durch die SVV neue Verträge abschließen.

Herr Otto nimmt Frau Rehbehns Vorschlag auf, selbst zu evaluieren. Dies sollte aber trotzdem im Beschlusstext erwähnt werden.

Herr Dünn hält es für wichtig, dass die Kooperationsvereinbarung vorliegt, da diese im Punkt 2 des Beschlusstextes als Grundlage steht.

Frau Dr. Müller schlägt vor, über das Protokoll zu vereinbaren, dass sich der Jugendhilfeausschuss spätestens im März 2011 die Kooperationsvereinbarung ansieht.

Frau E. Müller schlägt folgende Formulierung vor: *„Der entsprechende Kooperationsvertrag ist der Verwaltung vor Abschluss vorzulegen.“*
Der Anspruch des Jugendhilfeausschusses, diesen Vertrag zur Kenntnis zu bekommen, wird geprüft.

Herr Dr. Wegewitz bringt folgenden **Formulierungsvorschlag** ein:
Nach drei Jahren neuer Trägerschaft erfolgt eine qualitative Evaluation der Arbeit des Treffpunktes Freizeit. Dieses Konzept soll das Angebot, die Auslastung, Nutzung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktivierung der Kinder und Jugendlichen genauso wie die Vernetzung in Potsdam als auch betriebswirtschaftliche Auswirkungen berücksichtigen.

Herr Otto bittet, dass die ersten drei Jahre durch eine Evaluation begleitet werden. Das Evaluationskonzept soll im September 2011 dem JHA vorgestellt und 2014 ausgewertet werden.

Frau Dr. Müller äußert Bedenken, dass der Jugendhilfeausschuss berechtigt ist, ein solches Konzept zu beschließen.

Nach einer kurzen Verständigung einigen sich die JHA-Mitglieder auf folgende Änderungen:

Ergänzung in Punkt 2.:

Der entsprechende Kooperationsvertrag ist der Verwaltung vor Abschluss vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Ergänzung um einen Punkt 9:

Nach drei Jahren neuer Trägerschaft erfolgt eine qualifizierte Evaluation der Arbeit des Treffpunktes Freizeit. Dieses Konzept soll das Angebot, die Auslastung, Nutzung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktivierung der Kinder und Jugendlichen genauso wie die Vernetzung in Potsdam als auch betriebswirtschaftliche Auswirkungen berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Dem Änderungsantrag wird einstimmig zugestimmt.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Gemäß des Ergebnisses der Interessenbekundungsprüfungen wird die Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH beauftragt, die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Treffpunkt Freizeit“ ab 01.01.2011 entsprechend des eingereichten Konzeptes (vgl. Anlage) zu führen.
2. Grundlage des Konzeptes ist eine Kooperation der Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH mit dem Potsdamer Betreuungshilfe e.V. und dem Potsdamer Kunstgenossen e.V. **Der entsprechende Kooperationsvertrag ist der Verwaltung vor Abschluss vorzulegen.**
3. Ziel der Trägerschaft ist eine Angebotserweiterung entsprechend des Konzeptes.
4. Zur Weiterführung des Mehrgenerationenhaus-Projektes wird fristgerecht ein Antrag auf Trägerwechsel beim zuständigen Bundesfamilienministerium gestellt.
5. Das vorhandene „Treffpunkt Freizeit“-Personal wird von der Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH gemäß § 613a BGB übernommen.
6. Der Kommunale Immobilienservice schließt mit Wirkung vom 01.01.2011 auf der Basis der bisherigen Konditionen mit der Bürgerhaus am Schlaatz gGmbH einen Mietvertrag ab.
7. Der Betriebsübergang wird federführend durch den Oberbürgermeister, vertreten durch den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (35), begleitet.
8. Der jährliche Zuwendungsbetrag der Landeshauptstadt Potsdam verbleibt auf dem in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Niveau.
9. **Nach drei Jahren neuer Trägerschaft erfolgt eine qualitative Evaluation der Arbeit des Treffpunktes Freizeit. Dieses Konzept soll das Angebot, die Auslastung, Nutzung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktivierung der Kinder und Jugendlichen genauso wie die Vernetzung in Potsdam als auch betriebswirtschaftliche Auswirkungen berücksichtigen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

Dem geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.

zu 5 Vorstellung des Konzeptes "Zeltpunkt - offene Jugendarbeit am Zirkuszelt im Volkspark"

Frau Lorenz und Herr Lettow stellen die offene Kinder- und Jugendarbeit in Potsdam, Bornstedter Feld anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

Frau Lorenz verweist auf den bestehenden Bedarf in diesem Bereich. Sie erörtert den Bauplan, der so bei der Verwaltung eingereicht wurde. Anschließend stellt sie die einzelnen Angebote des Zeltpunktes vor.

Frau Lorenz erklärt, dass sich JOB e.V. und Circus Monetlino e.V. zur Zeltpunkt gGmbH zusammengeschlossen haben.

Sie erörtert das Konzept und die Besonderheiten der Zirkuspädagogik, zu denen u.a. die Vielfalt an Bewegungsangeboten und Betätigungsfeldern gehört.

Herr Lettow informiert, dass es sehr konstruktive Verhandlungen mit dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld gibt, da das Zelt ganzjährig stehen soll.

Herr Otto spricht sich für das Angebot aus. Er würde eine Stellenförderung begrüßen.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass zum jetzigen Zeitpunkt Aussagen hinsichtlich einer Finanzierung für 2011 unrealistisch sind.

Der Jugendhilfeausschuss kann sich lediglich darauf verständigen, dies in die Haushaltsplanung 2011 aufzunehmen.

Sie fragt, welche Förderung benötigt wird.

Herr Lettow antwortet, dass beabsichtigt ist, dort zusätzlich eine Jugendfreizeitanrichtung zu etablieren. Dies soll eine von zwei geplanten Einrichtungen im Bornstedter Feld sein. Es wird dann hauptamtliches Personal benötigt, da bisher die Arbeit ehrenamtlich erfolgt.

Herr Lettow sagt zu, dies mit dem Konzept konkret untersetzt einzureichen.

Herr Schmolke fragt, in wie weit die Kinder und deren Eltern beteiligt werden.

Herr Lettow erklärt, dass es sich um eine Personalstelle handeln wird. Die Veranstaltungen werden offen sein. Es wird derzeit mit dem Entwicklungsträger über einen separaten Parkeingang verhandelt, da die Kinder und Jugendlichen, die das Zirkuszelt besuchen, nicht jedes mal den Parkeintritt entrichten sollen.

Frau Lorenz erklärt, dass derzeit mit Honorarkräften gearbeitet wird und das Training über Elternbeiträge finanziert wird.

Herr Otto würde die Aufnahme des Projektes in die Jugendförderung begrüßen.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dass die Verwaltung signalisiert, wenn das Konzept eingegangen ist und geprüft wurde, um entscheiden zu können, was in die Bürgerhaushaltsdiskussion eingebracht werden kann.

Dem Vorschlag wird zugestimmt.

zu 6 Vorstellung des Vereins zur Förderung innovativer Wohn- und Lebensformen

Herr Tschoge (Verein zur Förderung innovativer Wohn- und Lebensformen) stellt das Projekthaus Potsdam-Babelsberg vor und betont, dass dies auch ein Mehrgenerationenhaus ist. Er macht deutlich, dass es nicht um eine Förderung durch die Stadt geht. Das Haus wurde 2005 von der GEWOBA gekauft. Im Haus befindet sich eine Seminar- und Gäste-Etage.

Ein wichtiger Teil des Hauses ist das Wohnen. Es gibt aber auch ein Werkstatt-haus sowie vielfältige Projekte, zu denen auch Kinder- und Jugendprojekte gehören.

Des Weiteren verweist Herr Tschoge auf die Zusammenarbeit mit der Ausländerbeauftragten und dem Flüchtlingsrat.

Herr Tschoge betont, dass ein Prozess angestoßen werden soll, darüber nach-zudenken und zu beraten, wie die vielfältigen Angebote unterstützt werden können.

Herr Dünn verweist auf die Presse-Aussagen vom vergangenen Winter bezüglich des Hauses.

Herr Tschoge erklärt, dass nach umfassender Untersuchung festgestellt wurde, dass diese Vorwürfe ungerechtfertigt sind. Das Bundesfamilienministerium fördert das Projekt auch weiterhin. Auch der Verfassungsschutz hat bezüglich der Vorwürfe keine weiteren Fragen mehr.

Herr Schweers informiert, dass der Verfassungsschutz von Seiten der Verwaltung um Stellungnahme gebeten wurde. Von dort wurde mitgeteilt, dass die Vorwürfe unberechtigt sind.

Herr Schmolke betont, dass dies ein sehr wichtiges Projekt ist, von dem man viel lernen könne.

Herr Otto bestätigt dies.

Frau Dr. Müller regt an, darüber nachzudenken, ob der Jugendhilfeausschuss eine Sitzung vor Ort durchführen sollte.

zu 7 Vorstellung der Ergebnisse der Jugendbefragung

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 8.1 Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita- Jahr 2010/2011

Vorlage: 10/SVV/0599

Oberbürgermeister, FB Kinder, Jugend und Familie

Herr Schweers bringt die Drucksache ein und weist darauf hin, dass die Kommu-ne verpflichtet ist, jährlich eine Kita-Bedarfsplanung zu erstellen.

Frau Ukrow (FB Kinder, Jugend und Familie) ergänzt, dass es in Potsdam 111 Kindertagesstätten gibt, von denen 107 im Kita-Bedarfplan enthalten sind. Das sind über 13.000 Plätze.

Sie verweist auf die Bevölkerungsprognose des Bereiches Statistik und Wahlen und erörtert anhand einer Powerpoint-Präsentation die Methode der Berechnung.

Herr Otto geht davon aus, dass sich 2013/2014 der Geburtenknick der Wendezeit auswirkt.

Frau Ukrow erklärt, dass dies lt. Aussage des Bereiches Statistik und Wahlen erst 2020 erfolgt.

Herr Messerschmidt fragt, wie derzeit der Bedarf an Hortplätzen mit den einzelnen Schulen oder dem Schulträger abgestimmt wird.

Herr Schweers erklärt, dass Potsdam deckungsgleiche Schulbezirke hat. Dies führt dazu, dass an bestimmten Schulstandorten oft erst kurz vor Beginn eines Schuljahres klar ist, wie viele Schüler es gibt. Es wird immer wieder vom Schulentwicklungsplan abgerückt. Durch das starke Engagement der Träger wurde aber bisher immer eine Lösung herbeigeführt.

Frau Ukrow ergänzt, dass es eine Abstimmung mit dem Schulverwaltungsamt gibt. Eine integrierte Planung gibt es nicht.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass es auch Eltern gibt, die einen bestimmten Stadtteil im Blick haben und auch begründen, warum die Betreuung der Kinder in diesem Bereich erfolgen muss.

Gibt es da bestimmte Stadtteile, in denen die Nachfrage besonders stark ist?

Herr Schweers macht deutlich, dass es immer dann problematisch wird, wenn die Schulen ihre Zügigkeit erhöhen, statt die Eltern mit ihren Kindern dann in andere Schulen zu schicken, in denen es noch freie Plätze gibt.

Es gibt durchaus Bereiche, in denen es eine Platzknappheit gibt.

Herr Messerschmidt betont, dass es wichtig ist, dass der Schulträger die Veränderungen der Anzahl der Plätze unverzüglich an das Jugendamt meldet.

Abschließend weist Herr Schweers darauf hin, dass bei der Kita-Bedarfsplanung alle Kitas mitarbeiten. Das Gesamtwerk ist aus seiner Sicht ein tolles Ergebnis.

Herr Dünn äußert seinen Respekt für diese Koordinationsaufgabe.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Maßnahmen der Verwaltung des Jugendamtes für eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kindertagesbetreuungsangeboten für das Kita- Jahr 2010/2011 sowie Ausblick auf Folgejahr:

1. Bereitstellung von insgesamt **13.125 Plätzen** (Jahresdurchschnitt) in Potsdam gemäß §§ 1,12 Kita- Gesetz bei 46 freien Trägern für das Kita- Jahr 2010/11. Enthalten sind 107 Plätze außerhalb der Bedarfsplanung. Die Verteilung der Plätze erfolgt gemäß der Anlagen 1 bis 6 auf 107 Kindertagesstätten, 8 Andere Kinderbetreuungsangebote (AKi) und 4 pädagogisch begleitete

Spielgruppen sowie Tagespflege. Die in den Anlagen ausgewiesene Belegungsplanung entspricht den gegenwärtig vorhandenen Kapazitäten laut Betriebserlaubnis. Tagespflege und andere Betreuungsformen sind bei Bedarf auch innerhalb des Kita- Jahres auszubauen.

2. Belegung von **355 Plätzen in anderen Gemeinden und Berlin** durch Potsdamer Kinder.
3. Finanzierung der Neuaufnahmen von Kindern aus anderen Gemeinden im Planungszeitraum nur dann, wenn eine entsprechende Zustimmung des Jugendamtes der Landeshauptstadt Potsdam eingeholt wurde und der Kostenausgleich mit der abgebenden Gemeinde gem. § 16 Abs. 5 KitaG sichergestellt werden kann.
4. Ausbau vorhandener Einrichtungen sowie Neubau von Einrichtungen zur bedarfsgerechten Versorgung mit Kindertagesbetreuungsplätzen (§ 12 KitaG) gemäß demografischer Entwicklung und neuer Rechtslage ab 2013 (§ 24 SGB VIII) in Zusammenarbeit mit freien Trägern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

zu 9 Sonstiges

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass Herr Harder an alle Jugendhilfeausschussmitglieder eine Einladung zum OB-Wahlkampf 2010 am 10.09.2010, 15:00 Uhr auf der Jugendaktionsfläche Bassinplatz ausgereicht hat.

Herr Schmolke bittet, das Thema „ungleiche Bezahlung von Fachkräften in der Jugendförderung“ in einer der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses zu beraten.

Frau Dr. Müller empfiehlt, diese Problematik vor Beratung im Jugendhilfeausschuss, im Unterausschuss zu erörtern.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass im Rahmen der Diskussion zur Vergabe des Treffpunktes Freizeit eine Information im nicht öffentlichen Teil der Sitzung gegeben werden sollte. Da es laut Tagesordnung keinen nichtöffentlichen Teil der Sitzung gibt, müsste dieser einstimmig beschlossen werden.

Frau Schulze macht deutlich, dass ihre geäußerten Bedenken im Rahmen der Diskussion zum Tagesordnungspunkt ausgeräumt wurden.

Frau Dr. Müller bittet um Abstimmung über die Erweiterung der Tagesordnung um einen nichtöffentlichen Teil.

Der Erweiterung der Tagesordnung um einen nichtöffentlichen Teil wird einstimmig zugestimmt.

Des Weiteren bittet sie um Zustimmung zu der Anwesenheit von Herrn Becker (FB Kinder, Jugend und Familie) im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Der Teilnahme von Herrn Becker am nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Nächster Jugendhilfeausschuss: 23. September 2010; 16:30 Uhr

Dr. Sigrid Müller
Ausschussvorsitzende

Martina Spyra
Schriftführerin